

A stylized map of the Middle East region, composed of a grid of grey dots. Several dots are highlighted in red, indicating specific locations or points of interest.

# Der Waffenstillstand von Kairo

Ein neues Signal für den Nahostfriedensprozess?

**RALF HEXEL**  
November 2012

- Der Nahostkonflikt ist zurück auf der politischen Agenda. Der Verhandlungserfolg von Kairo zeigt, dass es möglich ist, die verfeindeten Parteien des israelisch-palästinensischen Konflikts an den Verhandlungstisch zu bringen.
- Unter Führung Ägyptens war das Zusammenwirken regionaler Akteure (Katar, Türkei) mit einem entschieden agierenden US-Präsidenten die Voraussetzung dafür, dass Hamas und Israel einem politischen Prozess zustimmten und die Kämpfe einstellten.
- Die Hamas ist politisch gestärkt, ihre internationale Legitimität hat sich erhöht. Mahmud Abbas und die Fatah sind die Verlierer und stehen im politischen Abseits. Die Hamas ist mit Raketen erfolgreicher als Abbas mit Dialog und Gewaltverzicht.
- Israels Premier Netanyahu setzt nicht nur auf militärische Stärke sondern gibt Verhandlungen eine Chance. Dem Waffenstillstand stimmte er gegen die öffentliche Meinung in Israel und trotz Widerstands im eigenen politischen Lager zu.
- Wenn der Waffenstillstand hält und sich die Lebensbedingungen im Gazastreifen verbessern, d.h. eine Lockerung oder sogar Aufhebung der Blockade, könnte die Einigung von Kairo ein neues Signal für den paralysierten Nahostfriedensprozess sein.

Unter dem Namen "Säule der Verteidigung" startete die israelische Armee am 14. November eine militärische Offensive gegen die im Gazastreifen regierende radikalislamische Hamas, um den in den Tagen zuvor eskalierten Raketenbeschuss israelischer Städte und Ortschaften zu beenden. Beide Seiten präsentierten ihre Versionen, wodurch diese neue Runde der Gewalt ausgelöst wurde. Aber es ist nicht zu negieren, dass der Beschuss einer Militärpatrouille auf israelischem Gebiet am 10. November durch Hamas-Aktivisten – dabei wurden drei israelische Soldaten zum Teil schwer verwundet – hierbei eine wichtige Rolle spielte. Als Israel zum Beginn seiner Offensive Ahmed Jabari, den Chef des militärischen Flügels der Hamas, mit einem gezielten Raketenanschlag tötete, führte das zu einer Intensivierung der Raketenangriffe der Hamas und weiterer militanter Gruppen sowie zu massiven israelischen Gegenschlägen.

### Von der Waffenruhe zum Waffenstillstandsabkommen?

Nach achttägigen Kampfhandlungen wurde am Abend des 21. November in Kairo unter ägyptischer Vermittlung und auf massiven Druck der USA eine Waffenruhe mit dem Ziel der Erreichung eines anschließenden Waffenstillstandsabkommens vereinbart. Während der Kämpfe wurden nach palästinensischen Angaben im Gazastreifen 170 Menschen getötet, viele davon Zivilisten. Auf israelischer Seite starben sechs Menschen, vier waren Zivilisten. Nach israelischen Angaben wurden ca. 1.400 Raketen auf Israel abgefeuert, wovon aber nur 58 in bewohnten Gebieten explodierten, während 421 von dem Raketenabwehrsystem "Eisenkuppel" in der Luft zerstört wurden. Zum ersten Mal erreichten die aus dem Gazastreifen abgefeuerten Raketen den Großraum Tel Aviv und Jerusalem und damit das bevölkerungsreiche Zentrum des Landes. Die israelische Armee griff ca. 1.500 Ziele im Gaza-Streifen an. Die letzte vergleichbare Gewalteskalation zwischen Israel und der Hamas hatte es zum Jahreswechsel 2008/2009 gegeben. Während der 22 Tage dauernden Kampfhandlungen starben 1.400 Palästinenser und 13 Israelis.

Der Waffenruhe, die auf dem Prinzip "Ruhe gegen Ruhe" basiert, soll unter ägyptischer Aufsicht ein dauerhafter Waffenstillstand folgen. Für Israel besteht das zentrale Ziel eines Waffenstillstandsabkommens darin, 1) den Beschuss Israels mit Raketen und Granaten dauerhaft zu beenden und 2) den Schmuggel von Waffen in den Gaza-Streifen zu verhindern. Die Hamas hat die

folgenden Hauptziele: 1) Beendigung israelischer Militäroperationen im Gazastreifen; 2) Einstellung der gezielten Tötung ihrer führenden Vertreter; 3) Beendigung der Blockade des Gazastreifens und die Öffnung der Grenzübergänge für den Waren- und Personenverkehr. Bisher lehnt Israel ein Ende der 2007 gemeinsam mit Ägypten errichteten Blockade ab, da man davon ausgeht, dass dann noch mehr Waffen nach Gaza gelangen. Zugleich hat Israel erklärt, die Lebensbedingungen der Menschen in Gaza verbessern zu wollen. Ein erstes Beispiel dafür ist die am 24. November von Israel akzeptierte Erweiterung der Fischereizone von drei auf sechs Meilen sowie die Erleichterung des Zugangs von Bauern zu ihren Feldern in der Nähe der Grenzanlagen.

Dass die Hamas nicht gewillt ist, den Waffenschmuggel nach Gaza aufzugeben, machte deren stellvertretender Politbürochef Abu Marzuk bereits deutlich. Er sagte: "Diese Waffen haben uns geschützt, und wir werden auf keinen Fall damit aufhören, sie zu erwerben und herzustellen". Der führende islamische Geistliche Su-leiman al-Daya aus Gaza dagegen reagierte auf den Waffenstillstand mit einer Fatwa. Er rief dazu auf, den von den "ägyptischen Brüdern vermittelten Waffenstillstand zu ehren" und bezeichnete dessen Verletzung als "Sünde". Es scheint, dass ein von dem Muslimbruder Mohammed Mursi vermittelter Waffenstillstand mit Israel einen höheren Grad der Akzeptanz in der palästinensischen Gesellschaft findet, als das unter Mubarak, der dort als Kollaborateur der Israelis galt, je der Fall war. Es steht außer Zweifel, dass Ägypten eine ganz zentrale Rolle dabei spielt, dass die noch zu treffenden Vereinbarungen eingehalten und vor allem der Waffenschmuggel nach Gaza unterbunden wird.

### Gründe für die militärische Eskalation

Die islamistische Hamas und die säkulare Fatah unter der Führung ihres Präsidenten Mahmud Abbas sind tief gespalten und befinden sich in einem erbitterten Machtkampf. Darin geht es auch um die Frage, wessen Weg zu einem eigenen Staat der erfolgreichere ist: Der friedliche Weg von Abbas oder der gewaltsame, Terror eingeschlossen, der Hamas? Ein Erfolg für das Anliegen von Abbas, am 29. November von der UN-Vollversammlung als Nichtmitgliedsstaat anerkannt zu werden – ca. 150 der 193 Mitgliedsländer werden voraussichtlich für seinen Antrag stimmen –, wäre eine Stärkung und ein zählbares Ergebnis für dessen Politik. Abbas, der angesichts des totalen Stillstands im Friedensprozess derzeit mit leeren Händen dasteht, würde damit an

Legitimität und Unterstützung gewinnen. Die von der Hamas bewusst betriebene Eskalation der Auseinandersetzung mit Israel zielte deshalb zum einen auf die politische Schwächung von Abbas und zugleich auf die Stärkung der eigenen Legitimität.

Für die Hamas geht es auch um die Festigung ihrer Herrschaft im Gazastreifen. Denn sie muss sich gegen noch militantere Organisationen wie dem Islamischen Dschihad, den Volkswiderstand Komitees (PRC) und die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) behaupten und ihre "Glaubwürdigkeit" als Widerstandsbewegung unter Beweis stellen. Für diese Organisationen zählt nur die reine Lehre des bewaffneten Widerstands. Politisches Handeln oder ein Dialog mit Israel sind für sie ein Zeichen von Schwäche und Verrat. Mahmud Abbas ist in ihren Augen deshalb ein Kollaborateur. Verluste in der Zivilbevölkerung nehmen sie billigend in Kauf. Sie widersetzen sich einer Kontrolle durch die Hamas und Sicherheitsexperten gehen davon aus, dass sie für die jüngste Gewalteskalation die Hauptverantwortung tragen. Die Hamas, die im Gazastreifen praktische Regierungsverantwortung trägt, ist nicht an ständigen Angriffen auf Israel interessiert. Trotzdem gilt, dass Eskalation und Gewalt die Hamas sowohl in der Auseinandersetzung mit der Fatah als auch mit konkurrierenden islamistischen Gruppierungen stärkt.

Israel befindet sich im Wahlkampf. Am 22. Januar 2013 werden vorgezogene Neuwahlen zur Knesset stattfinden. Angesichts der Duplizität der Ereignisse mit Blick auf den Gaza-Krieg 2008/2009, der ebenfalls nur wenige Wochen vor Neuwahlen stattfand, steht für eine Vielzahl von Kommentatoren außer Zweifel, dass Ministerpräsident Benjamin Netanyahu diese Eskalation bewusst herbeigeführt hat, um seine Wahlchancen zu verbessern. Ein Blick auf Umfragen der vergangenen Wochen zeigt jedoch, dass Netanyahu eine breite Unterstützung in der Bevölkerung hat und einen Krieg mit der Hamas nicht benötigt, um wieder Ministerpräsident zu werden. Auch ohne Wahlen am Horizont hätte er angesichts des täglichen massiven Raketen- und Granatenbeschusses aus dem Gazastreifen handeln müssen. Es ging darum, die im Süden des Landes lebenden ca. eine Million Menschen zu schützen. Es ging um Israels legitimes Recht auf Selbstverteidigung.

Inzwischen zeigt sich sogar, dass Premier Netanyahu (Likud) und Außenminister Lieberman (Yisrael Beitenu), die auf einer gemeinsamen Liste bei den Wahlen antreten werden, durch die Vermeidung einer Bodenoffen-

sive und ihre Zustimmung zu einem Waffenstillstand spürbar an Unterstützung eingebüßt haben. Nachdem bereits 90 % der jüdischen Israelis die Operation "Säule der Verteidigung" vorbehaltlos unterstützt haben, ist nach dem Waffenstillstand eine Mehrheit in der Bevölkerung der Meinung, dass die Operation nur halbherzig war. Sie glauben, dass die Ziele der Operation nicht erreicht wurden und dass man hätte weiterkämpfen sollen, um die Hamas zu vernichten und den Raketenbeschuss ein für alle mal zu beenden. Nur die Arbeitspartei, Meretz und die arabischen Parteien in Israel unterstützten die Entscheidung des Trios Netanyahu, Lieberman, Barak, die Kämpfe einzustellen. Die anderen israelischen Parteien – auch die moderaten des sogenannten politischen Zentrums – sprachen sich gegen diese Entscheidung und für eine Fortsetzung der Kämpfe aus.

Zu Recht wird jedoch in Israel und von internationalen Beobachtern die Frage gestellt, warum Ahmed Jabari, der Militärführer der Hamas, mit einem gezielten Raketenangriff getötet wurde. Damit sei nicht nur eine weitere Eskalation bewusst in Kauf genommen worden, sondern zugleich wurde damit jener Mann getötet, der zwar für die Entführung des Soldaten Gilad Shalit verantwortlich war, der aber auch Israels Verhandlungspartner für dessen Befreiung war. Der Friedensaktivist Gershon Baskin machte zudem öffentlich, dass Ahmed Jabari dabei war, ein langfristiges Waffenstillstandsabkommen mit Israel zu verhandeln. Wenn das zutrifft, dann war Netanyahu offenbar nicht daran interessiert, ein Abkommen auf dem Verhandlungsweg zu erreichen. Es wurde entschieden, den Anführer der Kassam-Brigaden töten zu lassen, um damit – wie mit der gesamten Operation – die von Israel angestrebte militärische Abschreckung wiederherzustellen.

## Mursi und Obama als erfolgreiche Vermittler

Die in Kairo erfolgte Vermittlung zwischen Israel und der Hamas – deren Vertreter nicht direkt aufeinandertrafen – verlief in einem internationalen Rahmen. Unter der Regie von Präsident Mohammed Mursi waren die folgenden Länder und Politiker beteiligt: Der türkische Premier Recep Erdogan, der Emir von Katar Scheich Hamad bin Chalifa, Hamas-Politbürochef Khaled Meschal, die beiden führenden Repräsentanten der USA – Präsident Obama permanent per Telefon sowie Außenministerin Hillary Clinton persönlich – und als Vertreter Netanyahus der Mossad-Chef Tamir Pardo.

Mahmud Abbas, Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, spielte keine Rolle und stand politisch im Abseits, während Hamas-Führer Meschal in diesem internationalen Verhandlungsprozess als akzeptierter Partner auftrat. Auch UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sowie der deutsche Außenminister Guido Westerwelle reisten in die Region und versuchten, einen Beitrag zur Krisendiplomatie zu leisten.

Mit den erfolgreichen Verhandlungen konnte Mohammed Mursi sich als führender Vertreter der arabischen Welt profilieren. Es gelang ihm, seine ideologische Nähe zur Hamas – die Hamas ist ein Ableger der ägyptischen Muslimbruderschaft – und die gleichzeitig unverzichtbare strategische Partnerschaft mit den USA in eine Balance zu bringen und politisch konstruktiv umzusetzen. Während er zu Beginn der Kampfhandlungen noch Israel verurteilte und der Hamas seine Solidarität aussprach, wurde er nach Erreichen des Waffenstillstands von US-Präsident Barack Obama für seine erfolgreiche Verhandlungsführung gelobt. In einer Botschaft sprach Obama sogar von der "engen Partnerschaft" zwischen den USA und Ägypten. Mursis Doppelstrategie, nämlich Israel zu kritisieren und die Hamas von der Einstellung des Raketenbeschusses zu überzeugen, brachte ihm das Vertrauen beider Seiten und führte zum Erfolg. Er etablierte sich damit als wichtiger Akteur auf der politischen Weltbühne und drängte zugleich den türkischen Premier Erdogan, der ebenfalls eine regionale Führungsrolle beansprucht, im Verhandlungsprozess in die zweite Reihe. Aufgrund der zerrütteten bilateralen Beziehung wird Erdogan von Israel nicht als Gesprächspartner akzeptiert.

Mit seiner intensiven Begleitung des Verhandlungsprozesses hat sich Präsident Obama nach einer zweijährigen Abwesenheit erfolgreich auf die Bühne des Nahostkonflikts zurückgemeldet. Es ist ganz wesentlich ihm zu verdanken, dass Netanyahu den Waffenstillstand akzeptierte. Obama hat dies erreicht, indem er 1) Israel in einer eindeutigen Positionierung das uneingeschränkte Recht auf Selbstverteidigung zugestand und 2) machte er Netanyahu konkrete Zusagen für US-Unterstützung bei der Eindämmung des Waffenschmuggels sowie weitere finanzielle Hilfe für das israelische Raketenabwehrsystem. Durch die Abhängigkeit Ägyptens von amerikanischer Finanz- und Militärhilfe hatte Obama auch gegenüber Präsident Mursi ein erhebliches Einflusspotential. Hinzu kommen die strategische Partnerschaft mit Katar, wo sich der weltweit größte US-Militärstützpunkt außerhalb der USA befindet

sowie die guten Beziehungen zum NATO-Partner Türkei. Im nahöstlichen Konfliktmanagement hat der wiedergewählte US-Präsident damit einen wichtigen außenpolitischen Erfolg erzielt und dafür gesorgt, dass der Nahostkonflikt auf die weltpolitische Agenda zurückgekehrt ist. Die Frage ist nun, wie Haaretz-Kolumnist Carlo Strenger anmerkt, ob Obama sein politisches Gewicht erneut für eine grundlegende Konfliktlösung ins Spiel bringen wird, nachdem er daran in seinem ersten Anlauf gescheitert war.

Ein wichtiges Element für den Erfolg der Verhandlungen war die Tatsache, dass Mursi und Obama auf der israelischen Seite einen Partner hatten, der bereit war für eine politische Lösung und nicht einseitig auf militärische Stärke setzte. Im Zusammenwirken mit einem moderat auftretenden Außenminister Lieberman, der vor zehn Jahren noch den Assuan-Damm bombardieren wollte und Verteidigungsminister Ehud Barak, stimmte Premier Netanyahu dem Waffenstillstand zu, obwohl er die Mehrheit der öffentlichen Meinung in Israel sowie im eigenen politischen Lager gegen sich wusste. Ehud Barak gab am 27. November überraschend bekannt, dass er bei den Wahlen im Januar 2013 nicht mehr antreten werde, jedoch bis dahin Verteidigungsminister bleibe.

Wenn der Waffenstillstand hält, wenn Israel nicht mehr mit Raketen beschossen wird, könnten die Kairo-Verhandlungen zu einer erfolgreichen Matrix weiterer politischer Lösungsschritte im Nahostkonflikt werden. Kern des Erfolges von Kairo ist das Zusammenwirken folgender Akteure: 1) moderate sunnitische Staaten (Ägypten, Katar, Türkei), die in der Lage sind, die Hamas in einen politischen Prozess einzubinden; 2) ein mit Realismus und Entschiedenheit agierender amerikanischer Präsident, dem es gelingt, auch Israel in einen Dialogprozess einzubeziehen; 3) eine Hamas, die bereit ist, politisch zu agieren; 4) Partner auf der israelischen Seite, die Verhandlungen eine Chance geben und nicht nur militärisch agieren.

Die Verhandlungen haben auch gezeigt, dass der Einfluss des Iran auf den israelisch-palästinensischen Konflikt eingedämmt werden konnte. Es ist den sunnitischen Ländern gelungen, den eigenen Einfluss auf die Hamas zu erhöhen und deren strategisches Bündnis mit dem Iran beträchtlich zu schwächen. Als der iranische Außenminister den Gazastreifen während der Kampfhandlungen besuchen wollte, wurde ihm dies von der ägyptischen Regierung verwehrt, ohne dass die Hamas

protestierte. Bekanntlich nimmt der Iran für sich in Anspruch, eine führende Rolle bei der "Befreiung Palästinas und Jerusalems" zu spielen. Auch die durch Irans Parlamentspräsidenten Ali Laridschani erstmals erfolgte Bestätigung iranischer Waffenhilfen für die Hamas und weitere militante Gruppen – bisher wurde das stets geleugnet – zeigt, dass sich das Regime in Teheran in der Defensive fühlt und sich um Anerkennung in der arabischen Welt bemüht.

## Gewinner und Verlierer – die israelisch-palästinensische Arena

Sowohl Israel als auch die Hamas bezeichneten sich als Sieger der bewaffneten Auseinandersetzung sowie des Verhandlungspokers um den Waffenstillstand. Ismail Haniya, Chef der Hamas-Regierung sagte: "Wir haben dem zionistischen Feind eine Lektion erteilt". Premier Netanyahu erklärte im Fernsehen, dass Israel militärisch angemessen reagiert habe und die Ziele der Operation – die Beendigung des Raketenbeschusses und die Wiederherstellung der israelischen militärischen Abschreckung – erreicht worden seien.

Zweifellos ist es Israel gelungen, die Hamas militärisch zu schwächen, indem die Arsenale von Raketen – besonders die 70 km weit reichenden Fadschr-Raketen iranischer Herkunft – und deren Abschussvorrichtungen sowie ein großer Teil der militärischen Infrastruktur zerstört wurden. Aber die Hamas sieht sich keinesfalls als militärischer Verlierer. Die Tatsache, dass es ihr erstmals gelang, den Großraum von Tel Aviv und Jerusalem zu erreichen, ist für sie ein großer Erfolg. Für sie geht es in erster Linie darum, Stärke und Widerstandskraft zu beweisen. Dies gilt gegenüber Israel genauso wie im innerpalästinensischen Machtkampf.

Ob es Israel gelungen ist, die angestrebte militärische Abschreckung wiederherzustellen, kann angesichts der Erfahrungen mit früheren Militäroperationen bezweifelt werden. Das gilt ebenfalls für die gezielte Tötung von Ahmed Jabari. Wie seine von der israelischen Armee getöteten Vorgänger wird auch er ersetzt werden. Der Erfolg der Operation wird deshalb einzig daran zu messen sein, wie lange der Waffenstillstand stabil bleibt und Israels Zivilbevölkerung ohne Raketenbeschuss leben kann. Ein völlig neues Element in der Auseinandersetzung ist das Raketenabwehrsystem "Eisenkuppel", das von Israel eigenständig entwickelt und gebaut wurde. Mit diesem System konnte eine große Anzahl von Raketen abgefangen und ein beträchtlicher Beitrag

zum Schutz der Zivilbevölkerung geleistet werden. Aber im großen Erfolg des Systems liegt auch die Gefahr, dass Israel sich einseitig auf seine militärische Überlegenheit verlässt. Die Geschichte des Nahostkonflikts zeigt jedoch, dass es keine Alternative zu einem politischen Prozess und Verhandlungen gibt. Stehen diese still, kehrt stets die Gewalt zurück.

Premier Netanyahu kann erst dann als Gewinner der Entwicklungen gelten, wenn der Waffenstillstand tatsächlich hält, denn dann kann er gegenüber der Bevölkerung seines Landes sagen, dass er Israel sicherer gemacht hat. Außenpolitisch hat er bereits jetzt einen wichtigen Sieg errungen, denn nicht nur Präsident Obama hat Israels Recht auf Selbstverteidigung massiv unterstützt. Auch die Außenminister der Europäischen Union haben am 19. November in einer offiziellen Stellungnahme erklärt, dass sie die Raketenangriffe auf Israel entschieden verurteilen und Israels Recht zur Verteidigung seiner Bürger anerkennen.

Die Hamas geht politisch gestärkt aus der Auseinandersetzung hervor. Sie konnte folgende Ziele erreichen: 1) Erhöhung ihrer internationalen Legitimität durch das Mitwirken an einer politischen Verhandlungslösung mit den USA und Israel; 2) Stärkung der Stellung in der arabischen bzw. muslimischen Welt durch die Allianz mit Ägypten, Katar und der Türkei; 3) Stärkung der eigenen Position im innerpalästinensischen Kampf um Einfluss und Legitimation und Schwächung der Stellung von Mahmud Abbas als Führer der Palästinenser.

Mahmud Abbas ist der große Verlierer. Selbst wenn am 29. November vor der UN-Generalversammlung sein Antrag auf Anerkennung Palästinas als Nichtmitgliedstaat mit großer Mehrheit angenommen wird, kann das nur ein geringer Trost für ihn sein. Er befindet sich in der politischen Defensive gegenüber der Hamas. Mit seinem friedlichen Weg zur Erreichung eines palästinensischen Staates hat er keine zählbaren Resultate erreicht. Seit vier Jahren gibt es praktisch keine Verhandlungen zwischen ihm und der Netanyahu-Regierung. Stattdessen wachsen die israelischen Siedlungen in der Westbank und Ost-Jerusalem weiter. Sollte es im Gefolge des Waffenstillstandsabkommens spürbare Erleichterungen für das Alltagsleben der Menschen im Gazastreifen geben, z.B. eine Lockerung der Blockade oder sogar die Öffnung des Grenzübergangs nach Ägypten, dann wird das in den Augen vieler von Abbas enttäuschter Palästinenser ein weiteres Argument für

den militanten Weg der Hamas und gegen Abbas' Politik des Gewaltverzichts sein.

## Nach dem Waffenstillstand erneut politischer Stillstand?

Alle Beobachter sind sich darin einig, dass der nächste Ausbruch militärischer Gewalt – solange es keine politische Lösung des Konflikts gibt – nur eine Frage der Zeit ist. Was also kann getan werden, um solchen politischen Stillstand zu vermeiden?

Bis zu den Neuwahlen am 22. Januar 2013 wird es kaum politische Bewegung geben. Aber es wird sich bis dahin zeigen, welche konkreten Vereinbarungen bei den Verhandlungen zu einem Waffenstillstand erzielt wurden und ob dieser tatsächlich hält. Mit der Waffenruhe und der Vermeidung einer israelischen Bodenoffensive, so die linksliberale Haaretz, sei jetzt die Voraussetzung für einen politischen Prozess geschaffen. Die Zeitung, die nicht im Verdacht steht, Netanyahus Politik freundlich gegenüberzustehen, lobte den Premier in einem Editorial dafür, den Forderungen der Öffentlichkeit und der Mehrzahl seiner Kontrahenten im Wahlkampf nach einer Bodenoffensive nicht nachgegeben zu haben. Wenn Israel die folgenden Lektionen verinnerlichte, so Haaretz, könnte es eine neue politische Dynamik geben: 1) Militärisch allein sind die Probleme nicht lösbar; 2) das neue Ägypten ist ein verantwortungsbewusster Vermittler; 3) selbst Hamas kann ein Verhandlungspartner sein.

Es gibt eine zunehmende Zahl von Stimmen in Israel, die einen anderen Umgang mit der Hamas fordern. Der Ex-General und frühere Chef des Nationalen Sicherheitsrates Giora Eiland sagte angesichts der neuen Eskalation: "Es ist eine Tatsache, dass die Hamas Gaza regiert, und Gaza ein Staat ist. Wir müssen dies anerkennen und die Vorteile dieser Situation für uns nutzen." Durch die Einbeziehung Ägyptens, Katars und der Türkei, die an Stabilität interessiert seien, sieht er die Chance, haltbare Sicherheitsabkommen zu erreichen. Hier könnte sich in der Zukunft tatsächlich neuer politischer Spielraum ergeben, denn die aktive Rolle der beschriebenen Mächte und ihr wachsender Einfluss auf Hamas, dies gilt in besonderem Maße für Ägypten, ist verbunden mit einer Zurückdrängung des Iran. Diese Entwicklung könnte mäßigend auf die Hamas wirken und sie zunehmend in politische Prozesse einbinden.

In ein solches Szenarium passt die Meldung, dass sich parallel zu den Gesprächen in Kairo in Genf Vertreter Israels und der Türkei trafen, um über die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu sprechen. Sollte Außenminister Lieberman, bisher ein entschiedener Gegner der Aussöhnung mit der Türkei, sich in dieser Frage zukünftig ähnlich verantwortungsbewusst wie in den Kairo-Verhandlungen zeigen, könnten reparierte israelisch-türkische Beziehungen für positive Impulse in der Region und im Rahmen des Nahostkonflikts sorgen.

Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, dass Israel bereit wäre, eigene Stereotypen zu überwinden und sich auf einen Dialog mit der Hamas einzulassen. Die offizielle israelische Doktrin lautet, dass die Hamas weder ein Gesprächs- noch Verhandlungspartner ist. Dies gilt für die gegenwärtige Regierung und wird sich wohl auch nach den bevorstehenden Wahlen und der Bildung einer neuen Regierung nicht kurzfristig ändern. Wie fruchtbar ein solcher Politikwechsel sein kann, darauf weist Roger Cohen in der New York Times hin. Er sieht die Überwindung des "Muslimbrüder-Tabus" und die darin enthaltene Akzeptanz einer neuen Realität durch die US-Außenpolitik als konkretes Beispiel für Israel, das sich mit so einem Schritt ganz neue politische Perspektiven erschließen könnte.

Ganz unabhängig davon, ob zukünftig ein Dialog mit der Hamas möglich ist oder nicht: Israel hat in Präsident Mahmud Abbas und Ministerpräsident Salam Fayyad gesprächsbereite Verhandlungspartner. Gewiss, sie repräsentieren nur die Westbank und nicht das von der Hamas beherrschte Gaza, aber sie sind bereit, mit Israel Frieden zu schließen. Sie verzichten, anders als Hamas, auf die Anwendung von Gewalt und Terror. Indem Netanyahu einen substanziellen Dialog mit ihnen verweigert, trägt er zu ihrer politischen Diskreditierung und dem Verlust ihrer politischen Glaubwürdigkeit bei. Was Abbas mit Gesprächsangeboten nicht erreicht, gelingt der Hamas mit Raketen: Israel an den Verhandlungstisch zu bringen. Der Gang vor die UNO ist für Mahmud Abbas wohl die letzte verbliebene Chance, mit politischen Mitteln etwas für die Schaffung eines palästinensischen Staates zu tun. Wenn dieser Versuch scheitert, so der Sicherheitsexperte Shaul Arieli, könnte sich die PLO der Linie der Hamas anschließen, die davon ausgeht, dass "ein Staat nicht in der UN, sondern nur mit Gewalt erreicht wird."



Wenn auch die zukünftige israelische Regierung zu dem Schluss kommen sollte, dass nicht nur die Hamas, sondern auch Mahmud Abbas und die Fatah keine Partner für Frieden sind, und dass eine politische Lösung des Nahostkonflikts derzeit nicht möglich ist, muss das nicht notwendigerweise zu politischem Stillstand führen. Israel kann auch eigenständig politische Initiativen ergreifen. Unter dem Namen "konstruktiver Unilateralismus" werden hierzu in israelischen Think Tanks und Expertengruppen Konzepte diskutiert, die Israels strategischen Interessen dienen und neuen militärischen Auseinandersetzungen vorbeugen könnten.

## Fazit

Der Verhandlungserfolg von Kairo hat gezeigt, dass es möglich ist, die im israelisch-palästinensischen Konflikt tief verfeindeten Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Unter der Regie Ägyptens war das Mitwirken zentraler regionaler Akteure (Türkei, Katar) sowie des US-Präsidenten die Voraussetzung dafür, dass die Hamas und Israel bereit waren, sich auf einen politischen Prozess einzulassen und die Kämpfe zu beenden. Netanyahu zeigte sich als verantwortungsbewusst agierender Politiker, indem er dem Waffenstillstand gegen die öffentliche Meinung und trotz Widerstand im eigenen politischen Lager zustimmte. Wenn der Waffenstillstand in den kommenden Monaten hält, und wenn Israel Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Gazastreifen und einer schrittweisen Lockerung der Blockade zustimmt, könnte die in Kairo erzielte Einigung ein neues positives Signal für den paralyisierten Nahostfriedensprozess bedeuten.



### Über den Autor

**Ralf Hexel** ist langjähriger Mitarbeiter der FES und seit 2008 Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Herzliya, Israel.

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika  
Hiroshima Str. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Armin Hasemann  
Referent für Israel und die Palästinensischen Gebiete

Tel.: ++49-30-269-35-7423 | Fax: ++49-30-269-35-9233  
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt hier:  
[info.nahost@fes.de](mailto:info.nahost@fes.de)